



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XI/196 - 27. August 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Stützpunkte gegen Abrüstungsabkommen	S. 1
Frankreich im Kampf gegen Ägypten - Bericht aus Paris-	S. 3
Die KP im Untergrund	S. 5

## Ein großzügiges Tauschprojekt

sp. Die Veröffentlichung des ehemaligen Pressechefs im amerikanischen Verteidigungsministerium über die Absicht der obersten strategischen Planer in den USA, amerikanische Stützpunkte gegen ein mit ganz konkreten Sicherungen versehenes Abrüstungsabkommen einzutauschen, hat Aufsehen erregt. Sie steht in engen Zusammenhang mit dem sogenannten Radford-Plan. Dessen Kern ist die Konzentration auf nukleare Waffen unter gleichzeitiger Herabsetzung der Mannschafsstärken in den herkömmlichen Verbänden, deren Kampfkraft dadurch aber nicht geschwächt werden soll.

Die Tatsache, dass in massgebenden amerikanischen Militärkreisen die Aufgabe eigener Stützpunkte unter bestimmten Voraussetzungen erwogen wird, mag auf den ersten Blick sensationell wirken. Bei näherem Zusehen ist sie nur die logische Folge aus inzwischen eingetretenen waffentechnischen und politischen Veränderungen. Die Sowjets haben die weit vorgeschobenen amerikanischen Übersee-Stützpunkte stets als ein Haupthindernis für eine Abrüstungsvereinbarung bezeichnet. Wenn jetzt bei den Amerikanern eine gewisse Geneigtheit bestehen sollte, auf diese sowjetischen Bedenken einzugehen, so sind sie offenbar der Auffassung, dass der politische Nachteil, der mit einem unbedingten Festhalten an diesen Stützpunkten verbunden wäre, heute den militärischen Vorteil, der in ihrem Besitz liegt, nicht mehr aufwiegt. Dabei ist der Ver-

Öffentlichung nicht ohne weiteres zu entnehmen, um welche Stützpunkte es sich handelt, wenn auch aus dem Zusammenhang zu vermuten ist, dass die besonders exponierten, im weiten Gürtel um die Sowjetunion gelegten Vorposten-Positionen gemeint sind. Die immer grössere Räume mühelos überwindende atomare Entwicklung hat natürlich auch den Wert dieser Stützpunkte erheblich vermindert, was wiederum den Verzicht auf sie - immer unter den genannten vertraglichen Sicherheitsvoraussetzungen - erleichtern würde.

Gleichzeitig wurde in Deutschland die Äusserung einer amerikanischen Luftfahrt-Zeitschrift bekannt. Sie gab die Meinung eines leitenden Beamten im amerikanischen Verteidigungsministerium wieder, wonach in diesem und im nächsten Jahr bestimmt die strategische Kursänderung in Amerika eben im Sinne des sogenannten zweiten Newlook erfolgen werde. Auch dieser Beamte habe festgestellt, dass die neue strategische Konzeption von der Annahme ausgehe, im Falle eines neuen Krieges grösseren Ausmasses würden alle notwendigen Waffen einschliesslich der Atom-Waffen eingesetzt werden. Es sei ausgeschlossen, dass ein Krieg von dem Ausmass des koreanischen wieder ohne Atom-Waffen geführt werde. Das ist von berufener amerikanischer Stelle die glatte Absage an die Adenauer-These, "es wäre unrealistisch, immer gleich das grösste Ausmass eines Krieges voranzusetzen."

Wenn schliesslich die Darstellung des Mr. Frye als eine der Voraussetzungen für das Geschäft 'Stützpunkte gegen Abrüstungsabkommen' auch die zufriedenstellende Regelung politischer Probleme wie die der zweigeteilten Länder Deutschland, Korea und Indochina nennt, so wird an diesem Punkt erneut das schwere Versäumnis der Bundesregierung deutlich, dass sie ihrerseits immer noch keine eigenen, nicht utopischen, sondern praktisch verwertbare Vorstellungen zur Wiedervereinigungsfrage entwickelt und vorgetragen hat. Sie begnügt sich damit, auf das Zukunftsbild einer 500 000-Mann-Bundeswehr alten Stiles zu starren, die heute bereits eine mehr als fragwürdige Grösse ist; sie entfernt sich damit immer mehr von der strategischen und politischen Wirklichkeit; andererseits hat sie nichts dazu beigetragen, ein politisches Programm zu entwickeln, in welchem internationale Abrüstung, europäische kollektive Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung in einen klar überschaubaren Zusammenhang gestellt sind. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen; allerhöchste Zeit ist es in jedem Fall.

\* \* \*

Neugruppierung im Nahen Osten?

l.o. Paris

Etliche Monate vor Ausbruch der Suez-Krise, zu einer Zeit jedoch, als die Kämpfe in Französisch-Algerien das Ausmass eines Bürgerkrieges weit überschritten hatten, besuchte der frühere französische Ministerpräsident und Aussenminister, Robert Schuman, einer der führenden Köpfe der katholischen Volksrepublikaner, den Staat Israel. Schon damals war die Rede von der Möglichkeit einer Wandlung der französischen Politik im Mittleren Osten. Es wurde erklärt, dass angesichts der Feindseligkeit, der die französische Politik in Ägypten, Syrien und anderen ost-arabischen Ländern begegnet, Israel der natürliche Verbündete Frankreichs wäre.

Anfang August, also vor Zusammentritt der Suez-Konferenz in London, wurden sehr ähnliche, sogar weitergehende Pläne in London erwogen. Von konservativer Seite wurde der Vorschlag zur Diskussion gestellt, einen für 25 Jahre geltenden Bündnisvertrag mit Israel zu schliessen, der die Stationierung britischer Truppen auf israelischem Gebiet vorsehen sollte. Diese Truppen sollten, gemeinsam mit israelischen Verbänden, den militärischen Schutz der Suezkanal-Zone übernehmen und gleichzeitig zum Einsatz bereit stehen, falls die kleinen arabischen Länder, deren Ölfeldern unter britischem Schutz stehen, unter ägyptischen Druck gesetzt würden. Ferner sollten die britischen Divisionen die israelischen Streitkräfte für den Fall eines arabischen Angriffs auf Israel unterstützen. Solche Gedankengänge wurden vielleicht lediglich zu dem Zwecke "lanziert", der ägyptischen Regierung vor Augen zu führen, dass man noch über politische Druckmittel verfügt, die für Ägypten peinliche Folgen haben könnten. Aber sie waren wohl eher ein Bluff als ein Programm. Alles spricht dafür, dass sowohl England wie Frankreich - ganz zu schweigen von der USA - einen vernünftigen Kompromiss jeder unwälzenden Änderung der Gesamtpolitik im Mittleren Osten noch heute vorziehen.

Wer jedoch mit der Idee einer Neugruppierung im Mittleren Osten spielt oder sie ernsthaft für notwendig hält, geht dabei von der Überzeugung aus, dass Ägypten den Grundgedanken der Londoner Suez-Konferenz

ablehnen wird, nämlich den, dass, in Anbetracht der Wichtigkeit des Kanals für die gesamte Welt, seine Verwaltung international, also nicht ausschliesslich ägyptisch, sein müsse. Aber er geht auch von der Meinung aus, dass eine Ablehnung des Londoner Grundprinzips durch die ägyptische Regierung nicht zu direkten militärischen Massnahmen Englands und Frankreichs führen würde. Man könnte also zwar den ägyptischen Regierungschef Nasser nicht zwingen, der Schaffung einer internationalen Kanalverwaltung zuzustimmen, aber man könnte ihn unter eine Art Dauerdruck setzen und damit in eine Situation hineinmanövrieren, in der ihm auch die moralische Unterstützung durch die Sowjetunion kaum viel nutzen würde. Kurzum, man würde die politische Neugruppierung nicht durchführen, um Nasser zur Annahme jenes Grundprinzips zu zwingen, sondern um ihn zu veranlassen, die britische und französische Schifffahrt nicht zu behindern: Der Kanal wäre indirekt militärisch geschützt.

Es ist selbstverständlich, dass eine solche Situation auf die Dauer unhaltbar wäre. Aber es scheint, dass etliche Politiker sowohl in Frankreich wie in England dabei gar nicht mit einem Dauerzustand rechnen, sondern dass sie davon überzeugt sind, das diktatorische Regime Nassers werde über kurz oder lang zusammenbrechen. Dabei gehen sie von der Behauptung aus, dass die ägyptische Wirtschaft an etlichen schweren Krankheiten leide, die Finanzlage des Staates miserabel sei und <sup>die</sup> Staatseinnahmen sich in naher Zukunft noch mehr verringern würden. Behauptungen, die eine verzweifelte Ähnlichkeit mit denen haben, die in den dreissiger Jahren in Bezug auf die künftigen Aussichten des deutschen Hitler-Regimes aufgestellt wurden.

Sehr wahrscheinlich hoffen die Fürsprecher einer völligen Neuorientierung der Mittelost-Politik gleichzeitig dem Druck zu entgehen, dem sie - und indirekt der ganze Westen - durch die panislamische und panarabische Politik ausgesetzt sind, deren Zentrum in Kairo zu suchen ist. Sie mögen hoffen, dass die anderen arabischen Staaten sich Schritt für Schritt von Nassers panarabischen Plänen lossagen werden. Sie mögen ferner hoffen, dass die anti-europäische Aktivität Nassers in Tunesien und Marokko eingeengt und dadurch denjenigen nordafrikanischen Politikern der Weg geebnet wird, die zwar für nationale Freiheit, nicht aber für einen Bruch mit Frankreich eintreten. Alles dies sind Pläne, Hoffnungen, Schachzüge. Wieweit sie realisierbar sind und welche Folgen sie haben werden, bleibt abzuwarten. \* \* \*

Ausserste Wachsamkeit ist geboten

W.J. Schon unmittelbar nach dem Verbot der KP wurden gewichtige Stimmen laut, die die jetzt im Untergrund operierenden kommunistischen Kräfte für gefährlicher ansahen, als die legalen. Diese Auffassung stützt sich auf politische und geschichtliche Erfahrungen. Eine in der illegalen Arbeit so erfahrene Partei wie die kommunistische, die sich auf die ideelle und materielle Hilfe der russischen und der sowjetzonalen KP verlassen kann, wird - besonders in Krisenzeiten - ein ernst zu nehmender Faktor der Unterminierung unserer demokratischen Ordnung sein.

War es bisher möglich, die KP im freien politischen Feld anzugreifen und auf geistiger und ideologischer Ebene zum Kampf zu stellen, wo sie bisher erfolgreich geschlagen werden konnte, so fehlen heute diese Möglichkeiten. Die an einem Verbot interessierten Regierungskreise haben auch ein tief in der Arbeiterschaft wurzelndes Solidaritätsgefühl mit Verfolgten und Unterdrückten übersehen. So könnten der verbotenen KP Sympathien aus Kreisen zwachsen, die ohne das Verbot ihr völlig fern blieben. Die KP wird im Untergrund weiter existieren. Und damit werden Fragen auf die Tagesordnung gestellt, für die nicht allein die staatlichen Überwachungsorgane zuständig sind.

Sicher werden Betriebe und Gewerkschaften das bevorzugte Operationsfeld der illegalen KP sein, wobei nicht einmal anzunehmen ist, dass bekannte KP-Funktionäre die eigentlichen Träger der kommenden, wohl vorbereiteten Untergrundarbeit sein werden. Viel wahrscheinlicher ist, dass man jüngere, in der Zone geschulte Agenten verwenden wird.

Das Verbot der KP hat in den Betrieben keinerlei Unruhe ausgelöst. In manchen Betrieben hat man über das Verschwinden zahlreicher, oft sehr aggressiver kommunistischer Betriebszeitungen aufgesatmet. Zunächst wird auch weiter nichts geschehen, man wird abwarten. Die SPD hat ihre Organisationsseinheiten bereits aufgefordert, grösstmögliche Wachsamkeit bei der Aufnahme neuer Mitglieder zu üben. Das gilt insbesondere für die sozialdemokratischen Betriebsgruppen, die für die Kommunisten einen willkommenen Unterschlupf bedeuten würden.

Wenn sowjetzonale Kommunisten erklärt haben, die verbotene westdeutsche KP würde bei jedem Streik in der Bundesrepublik und bei jeder sonstigen politischen Aktion von Bedeutung ihre Hand im Spiel haben,

so gaben sie damit reaktionären und gewerkschaftsfeindlichen Elementen ein willkommenes Stichwort. Aus diesen Kreisen ist denn auch schon im Zusammenhang mit den Ausschreitungen jugendlicher "Halbstarker" die Behauptung aufgetaucht, diese Krawalle, die sich in verschiedenen Gross-Städten immer wieder in ziemlich gleicher Form abspielen, würden von einer einheitlichen, kommunistischen Regie dirigiert.

Aber auch die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass legale Aktionen der westdeutschen Arbeiterschaft in den Kreis dieser Verdächtigungen, sie seien kommunistisch beeinflusst und gelenkt, mit einbezogen werden. Vielleicht verpricht man sich davon zumal im Jahr vor den Wahlen zum neuen Bundestag bei gewissen innerpolitischen Gegnern der Gewerkschaften und der SPD eine willkommene Wirkung. Das wird man stets im Auge zu behalten haben. Über die Haltung der SPD gegenüber den Kommunisten sollte nun wirklich absolute Klarheit herrschen. Sie ist immer wieder mit grösster Bestimmtheit präzisiert worden, im Sinne der Feststellung des Berliner Landesvorsitzenden Franz Neumann kurz vor dem Verbot:

"Seit Tagen beschwört die kommunistische Presse uns Sozialdemokraten, wir sollten uns schützend vor die KPD stellen. Welch lächerliches und zugleich dreistes Ansinnen. Wir Sozialdemokraten stellen uns schützend vor die Freiheit. Wir stellen uns schützend vor das Recht. Wir stellen uns schützend vor die Schwachen. Wir sind aber keine Spießgesellen des Terrors, der Gewalt und der Lüge."

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau